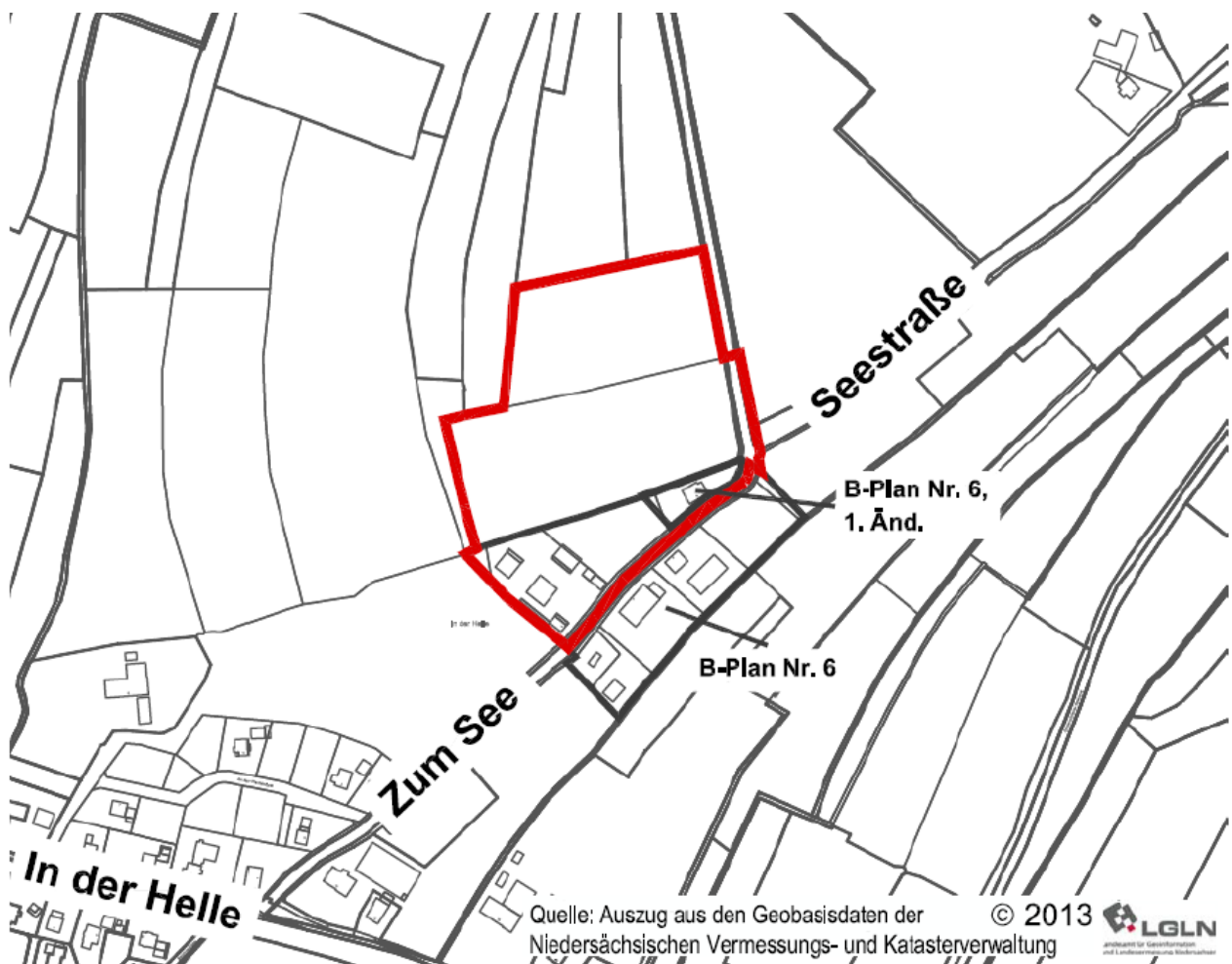


Rechtswirksamkeit des Bebauungsplanes Nr. 9 „Erweiterung Gewerbegebiet Seestraße“ der Gemeinde Großenwörden

Aufgrund der §§ 1 Abs. 3 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. 2004 S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808), in Verbindung mit dem § 84 der Nds. Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 06.04.2017 (Nds. GVBl. S. 116), und dem § 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 02.03.2017 (Nds. GVBl. S. 48), hat der Rat der Gemeinde Großenwörden den Bebauungsplan Nr. 9 „Erweiterung Gewerbegebiet Seestraße“ mit örtlichen Bauvorschriften, Begründung, Umweltbericht und Eingriffsregelung am 12.09.2018 als Satzung beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist im folgenden Kartenausschnitt dargestellt:



Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 9 „Erweiterung Gewerbegebiet Seestraße“ mit örtlichen Bauvorschriften, Begründung, Umweltbericht und Eingriffsregelung in Kraft. Der Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften, Begründung, Umweltbericht und Eingriffsregelung wird ab sofort im Gemeindebüro Großenwörden, Deichstraße 11, 21712 Großenwörden und hilfsweise in der Außenstelle Oldendorf, Schützenstraße 5, 21726 Oldendorf, zu jedermanns Einsicht während der Öffnungszeiten bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und Abs. 2a BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs gem. § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB nur innerhalb der in § 215 Abs. 1 BauGB genannten Frist innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht werden kann.

Großenwörden, den 28.11.2018
Gemeinde Großenwörden
Der Bürgermeister



Witt

L.S.